



Freiwilligkeit ist der Preis der Freiheit

Der 5. Energieplanungsbericht des Regierungsrates zeichnet sich durch bemerkenswerten Realismus und eine grundsätzlich liberale Haltung aus, die auf Information, Eigenverantwortung und Anreize setzt. Die Energiepolitik der FDP fusst auf diesen Prinzipien. Die bislang erzielten Fortschritte sind zwar nicht ausreichend, zeigen aber, dass die getroffenen Massnahmen zu greifen beginnen. Immerhin wurde der Ausstoss von CO₂ pro Kopf der Bevölkerung in Jahren 2001 bis 2005 um 100 kg reduziert. Damit übertrifft der Kanton Zürich die Ziele des Weltenergieirates, welcher bis 2015 eine Stabilisierung des CO₂-Ausstosses verlangt. Dirigistische Eingriffe müssen auch in Zukunft letztes Mittel sein, da sie oft den Kriterien der Nachhaltigkeit nicht genügen.

Eine nachhaltige Politik hat ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte zu berücksichtigen. Verbote und Gebote verletzen oft wirtschaftliche und soziale Anliegen. So wäre eine Verteuerung des Benzinpreises auf CHF 5.00 möglicherweise ökologisch wirksam, würde indessen viele Gewerbetreibende zu sehr belasten und sozial Schwächeren den Zugang zum motorisierten Individualverkehr verbauen und ist daher abzulehnen.

Konsequent umsetzen

Die FDP fordert die konsequente Ausschöpfung der Effizienzpotenziale. Handlungsbedarf betreffend finanzieller Anreize zum Ersatz der Fahrzeugflotte besteht nach wie vor. Der Planungsbericht übernimmt die freisinnige Forderung, die kantonalen Motorfahrzeugsteuern ökologisch umzubauen und moniert zu Recht, dass hier insbesondere der Bund bei der Zulassung emissionsarmer Fahrzeuge gefordert ist. Erfreulich ist, dass der Kanton Zürich begonnen hat, seine Vorbildfunktion nun auch im Mobilitätsbereich wahrzunehmen und 12 Biogasfahrzeuge, wie in einem Postulat der FDP gefordert, sowie 6 Hybridautos in seiner Dienstfahrzeugflotte hat.

Effizienz vordringlich

Erfreulicherweise ist der Regierungsrat in der Anwendung der Kriterien "Effizienz" und "Klimapolitik" konsequent. In Übereinstimmung mit den Forderungen der FDP kommt er zum Schluss, dass Effizienz und CO₂-Ausstossverminderung für alle Energieträger zu fordern sind. Folgerichtig erteilt der Regierungsrat dem Bau von Gasgrosskraftwerken eine Absage, bestätigt indessen, dass der Stromverbrauch wegen der zunehmenden Regelung energetischer Prozesse und des Einsatzes von elektrischen Wärmepumpen zunehmen resp. auf hohem Niveau bleiben wird. Vor diesem Hintergrund ist zu begrüssen, dass der Kanton Zürich für seine Liegenschaften im Versorgungsgebiet des ewz Ökostrom beziehen will.

Im Zielszenario "Verzicht", welches bis 2050 die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf 1 Tonne pro Kopf der Bevölkerung und die Senkung des Endenergieverbrauches auf knapp 150 Terawattstunden vorsieht, wird Elektrizität der dominante Energieträger. Gemäss Szenario "Fortschritt", welches der Regierungsrat neu favorisiert, reduzieren sich die Emissionen um fast 2/3 auf 2,2 Tonnen pro Kopf der Bevölkerung, der Stromverbrauch ist gleich wie beim Szenario "Verzicht".

Hindernisse abbauen

Die FDP fordert der Regierungsrat auf, noch bestehende Hindernisse beim Einsatz von erneuerbaren Energien oder der energetischen Sanierung von Bauten beseitigen. So sind Verwaltungsakte wie z.B. Konzessionen und periodische Konzessionserneuerungen für die Entnahme von Erdwärme durch Wärmepumpen als obsolet abzuschaffen. Ortsbildschutz und Denkmalpflege müssen künftig Hand bieten, um solarthermische oder photovoltaische Anlagen auch bei älteren Bauten realisieren zu können.

Quelle FDP Kanton Zürich

*FDP Opfikon-Glattbrugg
Pressechef Björn Blaser*